

Christiane Lemke
Jakob Wiedekind

Der Kampf um das Weiße Haus

Die US-Präsidentschaftswahl 2020
im Zeichen von Polarisierung,
Corona-Pandemie und
gesellschaftlichen Spannungen



Springer VS

Der Kampf um das Weiße Haus

Christiane Lemke · Jakob Wiedekind

Der Kampf um das Weiße Haus

Die US-Präsidentschaftswahl 2020
im Zeichen von Polarisierung,
Corona-Pandemie und
gesellschaftlichen Spannungen

Christiane Lemke
Institut für Politikwissenschaft
Leibniz Universität Hannover
Hannover, Niedersachsen, Deutschland

Jakob Wiedekind
Institut für Politikwissenschaft
Leibniz Universität Hannover
Hannover, Niedersachsen, Deutschland

ISBN 978-3-658-33600-4 ISBN 978-3-658-33601-1 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-33601-1>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert durch Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2021

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung der Verlage. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort

Dieses Buch nahm seinen Ausgang in den überschaubaren Fahrwassern der Vor-Coronazeit im Wintersemester 2019/2020 an der Leibniz Universität Hannover. Die engagierten Diskussionen mit Studierenden in dem von beiden Autor*innen gemeinsam veranstalteten Seminar über die Trump-Präsidentschaft und den beginnenden Wahlkampf waren der Ausgangspunkt für Überlegungen, wie sich die zahlreichen interessanten Ansätze und Analysen zur US-amerikanischen Politik weiterdenken und verbinden ließen. In einem folgenden Seminar im Wintersemester 2020/2021 erörterten wir den Verlauf und die Hintergründe der Wahlergebnisse wiederum mit Master-Studierenden. Jede Phase dieses ungewöhnlichen Wahljahres haben wir zudem in einem Blog verfolgt: von den Vorwahlen bis zur Nominierung der Kandidaten; vom Wahlkampf im Herbst bis zur Wahl am 3. November 2020; von der Zertifizierung der Ergebnisse bis zum Machtwechsel im Weißen Haus am 20. Januar 2021. In dem Blog analysierten wir seit den ersten offiziellen Vorwahlen regelmäßig politische Kernthemen und Konzepte, reflektierten aktuelle Entwicklungen und werteten empirische Daten aus. Das um-sich-Greifen der Pandemie mit dem folgenden Lockdown in den meisten US-Bundesstaaten konnten wir zu Beginn unseres Projektes damals nicht voraussehen. Diese Entwicklung stellte nicht nur den Alltag der amerikanischen Bevölkerung vor große Herausforderungen. Vielmehr schien es, als ob sich die bislang bestimmenden Themen, die Positionierung der Kandidat*innen sowie die Strategien des Wahlkampfes vor unseren Augen in ein Kaleidoskop von Macht und Ohnmacht, Krise und Erneuerung, Verzweflung und Hoffnung, Zusammenhalt und Spaltung verwandelten. Erkenntnisse, die aus vorangegangenen Wahlen gewonnen werden konnten, schienen ihre Aussagekraft zu verlieren und wurden auf den Prüfstand gestellt. Unerwartete Herausforderungen tauchten auf und die

Analyse erforderte immer wieder neue politikwissenschaftliche Interpretationen und Sichtweisen.

Die Forschungsarbeit zu diesem Buch beruht auf umfangreichen Recherchen, die wir teilweise in Washington D.C., teilweise während längerer Aufenthalte an der University of North Carolina at Chapel Hill durchgeführt haben. Die UNC at Chapel Hill förderte im Herbst 2020 darüber hinaus ein virtuell durchgeführtes Transatlantisches Seminar mit Studierenden auf beiden Seiten des Atlantiks. Aus diesem wertvollen interkulturellen Dialog gingen einige interessante Perspektivwechsel hervor, die den Inhalt dieses Buches um weitere Facetten bereichert haben. Die Fertigstellung des Manuskripts erfolgte an unserer Heimatuniversität, der Leibniz Universität Hannover.

Hannover, Deutschland
im Januar 2021

Christiane Lemke
Jakob Wiedekind

Danksagung

Wir danken an dieser Stelle unseren Fachkolleg*innen und Mitarbeiter*innen des Instituts für Politikwissenschaft an der Leibniz Universität Hannover, die uns trotz der Corona-bedingten Einschränkungen viele Anregungen geliefert und Unterstützung gewährt haben. Ausdrücklicher Dank geht darüber hinaus an unsere Studierenden, die sich an den Gesprächen und Diskussionen beteiligt haben. Ihre kritischen Nachfragen und Perspektiven auf die USA haben die Forschungen zu diesem Buch außerordentlich bereichert. Abschließend bedanken wir uns bei Natalia Dalmer und Dominic Nyhuis für ihre wertvollen Impulse sowie Sebastian Kahlfuß und Pia Schnelle für die redaktionelle Unterstützung.

Inhaltverzeichnis

1	Einleitung	1
	Literatur	7
2	Joe Biden auf dem Weg zur Nominierung	9
2.1	Das System der Demokratischen Partei zur Kandidatenaufstellung	10
2.2	Wendepunkte South Carolina und der <i>Super Tuesday</i>	17
2.3	Joe Biden und die Demokratische Wählerschaft	21
2.4	Zusammenfassung	28
	Literatur	29
3	Wählen im Schatten der Pandemie	31
3.1	Die Briefwahl in den USA im Spannungsfeld der parteipolitischen Polarisierung	33
3.2	Wer darf wählen? – Wahlregistrierung, Voter-ID-Gesetze und Wahllokale	43
3.3	Zusammenfassung	52
	Literatur	53
4	Demokraten gegen Republikaner	57
4.1	Die <i>Southern Strategy</i> als Wegbereiter in die asymmetrische Polarisierung	59
4.2	Die Radikalisierung des politischen Diskurses	68
4.3	Zusammenfassung	78
	Literatur	79

5	Die Polarisierung und ihre Erscheinungsmerkmale	83
5.1	Parteibindung und Präferenzen in der amerikanischen Wählerschaft	85
5.2	Die Polarisierung der Abgeordneten im Kongress	92
5.3	Zusammenfassung	101
	Literatur	102
6	Wirtschaftspolitik als Schicksalsfrage: Die Wahlen im Zeichen der Rezession	105
6.1	Die Schatten der Pandemie	106
6.2	Soziale Ungleichheit	108
6.3	Staatliche Politik in Krisenzeiten	114
6.4	Schwerpunkte der Trump-Regierung	116
6.5	Das wirtschaftspolitische Konzept der Demokraten	123
6.6	Zusammenfassung	126
	Literatur	126
7	Eine Gesellschaft ohne Netz: Soziale Fragen im Wahlkampf	129
7.1	Die Krise im Gesundheitssystem	130
7.2	Social Justice: Die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit als Streitthema	138
7.3	Die ideologische Balance im Supreme Court und ihre gesellschaftspolitischen Folgen	141
7.4	Zusammenfassung	144
	Literatur	145
8	Minderheiten in den USA: Die kontroverse Einwanderungsdebatte	149
8.1	Kontrastierende Gesellschaftsentwürfe	151
8.2	Gesellschaftliche Entwicklung und politische Orientierungen der Minderheiten	154
8.2.1	Die hispanische Minderheit	159
8.2.2	Die asiatisch-amerikanische Minderheit	163
8.2.3	Die afro-amerikanische Minderheit	165
8.3	Zusammenfassung	168
	Literatur	169
9	Die Strategien im Wahlkampf 2020	173
9.1	Bidens klassischer Ansatz als Antithese zu Trumps Populismus	174

9.2	Gegensätzliche Narrative: Die Parteitage der Demokraten und der Republikaner	180
9.3	Die Delegitimierung der Wahl und ihre Folgen	185
9.4	Zusammenfassung	189
	Literatur	191
10	Die Wahlergebnisse und ihre transatlantischen Implikationen	195
10.1	Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 2020 im historischen Vergleich	197
10.2	Transatlantische Beziehungen unter Präsident Biden: Ein Neuanfang?	205
10.3	Zusammenfassung	212
	Literatur	213
11	Schlussüberlegungen	217
	Literatur	220
	Stichwortverzeichnis	221

Abbildungsverzeichnis

Abb. 2.1	Gewonnene Delegierte im Vergleich – Biden gegen Sanders	19
Abb. 2.2	Bidens Popularität nach Wählergruppen	24
Abb. 3.1	Zusammensetzung der amerikanischen Wählerschaft nach ethnischen Gruppen zwischen 1980 und 2016	45
Abb. 3.2	Ethnische Gruppen und ihre Registrierungsquote/Wahlbeteiligung	47
Abb. 3.3	Wahllokale in Milwaukee, Wisconsin 2016 (oben) und 2020 (unten)	52
Abb. 5.1	Stärke der Parteibindung in der amerikanischen Wählerschaft, 1972–2016	87
Abb. 5.2	Wahlverhalten liberaler und konservativer Wähler*innen bei Präsidentschaftswahlen, 1976–2020	89
Abb. 5.3	„Ticket Splitting“ bei Präsidentschafts- und Kongresswahlen, 1972–2016	90
Abb. 5.4	Ideologische Polarisierung der Parteien im Kongress, 1961–2021	94
Abb. 5.5	Durchschnittliche Stärke der Party-Unity, 1961–2019	96
Abb. 6.1	Arbeitslosenquote in den USA in Prozent, 2020	107
Abb. 6.2	Home Ownership in den USA im Zeitverlauf 2016–2020	113
Abb. 7.1	Status der Krankenversicherung in den USA, 2007–2018	134
Abb. 8.1	Prozentualer Anteil des jeweiligen Aufenthaltsstatus an allen Eingewanderten	157
Abb. 8.2	Politische Einstellungen zu Abschiebungen (oben) und Grenzpatrouillen (unten)	162

Abb. 10.1	Anzahl der Bundesstaaten mit knappen Ergebnissen bei Präsidentschaftswahlen, 1968–2020	201
Abb. 10.2	Popular Vote und Wahlsieg im Electoral College, 1968– 2020	202

Tabellenverzeichnis

Tab. 3.1	Zugang zur Briefwahl und die bundesstaatliche Regierungskonstellation	35
Tab. 3.2	Corona-bedingte Anpassungen der Briefwahlregeln 2020	40
Tab. 3.3	Wahlbeteiligung in Georgia und North Carolina nach ethnischen Gruppen bei den Präsidentschaftswahlen von 2004 bis 2020	48



Einleitung

1

„Somehow we’ve weathered and witnessed a nation, that isn’t broken, but simply unfinished.” Amanda Gorman, poet-laureates, Inauguration Joe Biden und Kamala Harris, 20.01.2021. (Gorman 2021)

Die US-Wahlen von 2020 können zu Recht als historisch einzigartig bezeichnet werden. Die Besonderheit der Wahlen deutete sich bereits früh durch die rasch um sich greifende Pandemie an, die die Rahmenbedingungen für den Wahlkampf grundsätzlich änderte. Sie setzte sich in dramatischen und teilweise sehr knappen Wahlergebnissen zugunsten des Demokratischen Herausforderers Joe Biden in einigen Bundesstaaten fort und schlug sich schließlich in der hartnäckigen Weigerung Donald Trumps nieder, seine Wahlniederlage anzuerkennen. Noch nie zuvor hatte ein amtierender US-Präsident die friedliche Transition der Macht so gezielt zu verhindern versucht. Seine über rechtliche Anfechtungen hinausgehende, auch medial über Twitter geführte Kampagne gegen die Wahlniederlage, die eine groß angelegte Wahlfälschung behauptete, konnte zwar keine Beweise für einen Wahlbetrug erbringen, veranlasste am Ende seiner Amtszeit aber Teile seiner Anhänger*innen dazu, gewaltsam in das Kapitol in Washington D.C. einzudringen, um die Zertifizierung des offiziellen Wahlergebnisses durch den Kongress zu verhindern. Diese Aktion hatte die Einleitung eines zweiten Amtsenthebungsverfahrens gegen Donald Trump nur kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt zur Folge. Eine derartige Dramatik bei Wahlen hatte es bislang in der amerikanischen Geschichte noch nicht gegeben.

Doch zurück zu den Ausgangsbedingungen. Nur wenige Wochen nach Beginn der für die Kandidatenauswahl entscheidenden Vorwahlen änderten sich die Bedingungen aufgrund des sich weltweit rasch ausbreitenden Coronavirus von

Grund auf. Ebenso wie die meisten anderen Staaten der Welt verhängten die Vereinigten Staaten Anfang März 2020 einen Lockdown mit umfangreichen Reise- und Veranstaltungsbeschränkungen. Aufgrund der Pandemie wurden Wahlkampfveranstaltungen abgebrochen, Vorwahltermine verschoben und Nominierungsparteitage in den virtuellen Raum verlegt. Noch nie musste eine Präsidentschaftswahl unter dem Eindruck so gravierender Beschränkungen der sozialen Interaktionen sowie der individuellen Freiheitsrechte stattfinden. Mit 30 Mio. offiziell gemeldeten Arbeitslosen bereits im April 2020, zahlreichen Insolvenzen von Firmen sowie den Einbrüchen im internationalen Handel bewegten sich die Vereinigten Staaten zudem im Wahljahr auf eine der tiefsten Rezessionen seit der Großen Depression der 1930er Jahre zu. Die ohnehin schon stark polarisierte öffentliche Meinung spitzte sich während dieser Ausnahmesituation weiter zu und erstreckte sich auch auf den Kampf gegen die Pandemie. Die Zustimmungswerte zur Amtsführung von Donald Trump sackten ab und blieben im Wahljahr konstant niedrig, obwohl Trump trotz der Pandemie rasch wieder große Wahlkampfveranstaltungen ausrichtete, die von vielen Tausenden seiner Anhänger*innen besucht wurden. Im Sommer 2020 wurde zudem ein großes Coronahilfspaket auf den Weg gebracht und Trump forcierte die Entwicklung eines Impfstoffes gegen COVID-19. Jedoch wurde dem Präsidenten, der die Wahl klar verlor, im Ergebnis eine zweite Amtszeit nach vier turbulenten und kontroversen Jahren im Amt verwehrt. Den Republikanern gelang es darüber hinaus nicht, das Abgeordnetenhaus zurückzugewinnen und sie verloren schließlich auch ihre Mehrheit im Senat. Die von Trump wesentlich geprägte polarisierende populistische Strategie der Republikaner war danach gescheitert. Nach turbulenten Monaten im Anschluss an die Wahl vom 3. November 2020 und massiven Ausschreitungen in Washington D.C. mit der Erstürmung des Kapitols wurde Joe Biden am 20. Januar 2021 schließlich als 46. Präsident der USA in das Amt eingeführt. Der Verlauf und das Ergebnis der Wahlen offenbaren nicht nur weitreichende Verschiebungen der politischen Kräfteverhältnisse. Vielmehr vertiefte und bestätigte sich in dieser Wahl auch die tiefe Polarisierung der US-Gesellschaft. Zudem kritisierten viele Beobachter*innen die Angriffe auf eingespielte demokratische Verfahren, wie die friedliche Übergabe der Macht nach den Wahlen, als Erschütterung der demokratischen Grundfesten in Amerika.

Vor diesem Hintergrund setzt sich das vorliegende Buchprojekt zum Ziel, die ungewöhnlichen Wahlen 2020 aus einer analytischen Perspektive zu betrachten und Verlauf sowie Ergebnisse aus politikwissenschaftlicher Sicht zu verstehen. Der Blick richtet sich dabei in erster Linie auf die binnenpolitische Dynamik dieser Wahlen, die einem Umbau des Schiffes auf hoher See gleichen. Die Analyse

legt Grunderkenntnisse der amerikanischen Regierungslehre und der Parteienforschung sowie Studien aus der Demokratietheorie zugrunde. Der wissenschaftliche Blick auf die rasante und hochkomplexe Dynamik des Wahljahres schien uns auch deshalb vordringlich, weil die Vereinigten Staaten wie kein anderes Land die globalen Geschehnisse und Geschehnisse beeinflussen. Der Machtwechsel im Weißen Haus wird schließlich auch die Beziehungen zwischen den USA und Europa verändern. Nach der ungewöhnlichen und kontroversen Trump-Präsidentschaft ist der Wahlausgang weltpolitisch von größter Bedeutung, weil er einen signifikanten Richtungswechsel markiert.

Bereits vor der Coronakrise war deutlich zu beobachten, wie die polarisierende Präsidentschaft Donald Trumps die amerikanische Gesellschaft weiter gespalten hatte. Mit seinem Motto „America First“ hatte er nicht nur durch die Aufkündigung internationaler Verträge den Multilateralismus als Leitmotiv der liberalen internationalen Ordnung infrage gestellt und die internationalen Handelsbeziehungen herausgefordert, sondern auch innenpolitisch durch – teilweise heftig umstrittene – Entscheidungen wie den Einreisestopp für Personen aus einigen muslimischen Ländern, den Bau der Mauer zu Mexiko und die angestrebte Ausweisung von undokumentierten Zuwanderern für Streit gesorgt. Immer wieder griff Trump auch die Mainstream Medien und einzelne Journalist*innen an, verunglimpft Richter*innen, die ihm nicht genehme Entscheidungen fällten und zog die Legitimität der Demokraten bzw. der Opposition in Zweifel. Eine scharfe Freund-Feind Rhetorik beherrschte die in weiten Teilen über Twitter geprägte Kommunikation des Präsidenten. Immer deutlicher wurde auch, dass es Trump gelungen war, die Republikanische Partei auf seinen Kurs einzuschwören. Einige Beobachter*innen stellten vor der Wahl daher die besorgte Frage, ob Amerika „an dieser Wahl zerbrechen“ könnte (Gellman 2020).

Zwar scheiterte das erste, Ende 2019 eingeleitete Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten, welches ihm Machtmissbrauch und Behinderung der Arbeit des Kongresses vorwarf, im Januar 2020 schließlich im US-Senat, aber das Verfahren vertiefte die Gräben zwischen den beiden Parteien sowie zwischen dem Präsidenten und dem Kongress. So standen die Vorwahlen zu Beginn des Jahres 2020 bereits unter dem Zeichen einer scharfen Konfrontation zwischen den Republikanern und den Demokraten. Die Opposition zur Trump-Präsidentschaft konzentrierte sich jedoch nicht nur auf die Demokraten, sondern umfasste ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Gruppen und gesellschaftlicher Initiativen, die eine Wiederwahl von Trump verhindern wollten. Auf der anderen Seite standen nicht nur die unverrückbaren Verteidiger*innen des Präsidenten, sondern auch eine Republikanische Partei, die sich immer mehr zur Partei von Donald

Trump entwickelt hat. Durch die in vielen amerikanischen Städten im Jahresverlauf aufflammenden Proteste gegen Polizeigewalt und Rassismus in der Folge des Todes eines Afro-Amerikaners bei einer Polizeikontrolle und die harschen Reaktionen des Präsidenten hierauf, spitzte sich die erbitterte politische Konfrontation dann noch weiter zu.

Anders als bei vorherigen Wahlen wurde für den gewählten Präsidenten Biden dann insbesondere die letzte Phase der Transition der Macht zum komplizierten Hürdenlauf, da Trump den Wahlsieg seines Demokratischen Kontrahenten selbst dann nicht anerkannte, als Neuauszählungen und gerichtliche Klärungen von Einwänden gegen die Wahl allesamt den Wahlausgang bestätigten und selbst der Oberste Gerichtshof Klagen auf Wahlfälschung zurückwies. Einen dramatischen Höhepunkt der Kampagne von Trump, die Legitimität der Wahlen infrage zu stellen und den Wahlausgang anzuzweifeln, erlebten die USA am 6. Januar 2021, als nach einer Rede von Trump seine Anhänger*innen das Kapitol in Washington D.C. erstürmten um die Zertifizierung des Wahlergebnisses zu verhindern. Während Trump jede Verantwortung für diesen Aufstand zurückwies, bei dem fünf Menschen starben, und nach Umfragen von YouGov 45 % der befragten Republikaner den Angriff auf das Kapitol für gerechtfertigt hielten, verurteilten die Demokraten die Kapitol-Erstürmung auf das Schärfste und sahen darin einen Angriff auf die Demokratie (YouGov 2021). Die amerikanische Demokratie stand mit diesen Ausschreitungen vor einer der größten Herausforderungen ihrer Geschichte. Ein zweites Amtsenthebungsverfahren gegen Donald Trump wegen der „Anstiftung zum Aufruhr“ wurde kurz vor seinem Abgang aus dem Weißen Haus vom Repräsentantenhaus eingeleitet und selbst einige führende Republikaner distanzieren sich von Trump. Die Abstimmung im Senat kurze Zeit später erbrachte allerdings nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit für ein Impeachment, welches Donald Trump den Zugang zu allen öffentlichen Ämtern versperrt hätte.

Seit der einflussreichen Schrift von Alexis de Tocqueville (1835) über die Demokratie in Amerika, in der er den europäischen Zeitgenossen eindrücklich die Errungenschaften der demokratischen Gesellschaftsordnung auf dem nordamerikanischen Kontinent schilderte, galt die Demokratie in den Vereinigten Staaten als Modell einer gelungenen, neuen politischen Ordnung, die über mehr als zwei Jahrhunderte lang stabil geblieben ist. Selbst als die europäischen Gesellschaften als Folge der schweren Wirtschaftskrise von 1929/1930 in autoritäre und faschistische Herrschaftsordnungen abglitten, gelang es den USA die demokratische Verfasstheit nicht nur zu behaupten, sondern umfangreiche soziale Reformen umzusetzen, die richtungsweisend wurden. Das Prinzip der „checks and balances“, eine vitale Zivilgesellschaft und die Erneuerungsfähigkeit des politischen

Systems durch Krisen hindurch galten als beispielhaft. Erst unter dem Eindruck einer zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung und der tiefen Polarisierung durch den rechtspopulistischen Ansatz der Trump-Kampagne gerieten Grundfesten des demokratischen Selbstverständnisses besonders stark ins Wanken. Die Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt (2018) warnten daher schon frühzeitig vor einem Szenario der Aushöhlung demokratischer Verhältnisse „von innen“ – also durch gewählte Repräsentanten, die demokratische Normen verletzen und Regeln brechen. Diese Entwicklung vermag es eine demokratisch verfasste Gesellschaft in eher autoritäre Herrschaftsformen zu überführen, wie einige Beispiele in politischen Systemen Südamerikas zeigen.

Die konfliktreiche Wahl 2020 zeigte, dass selbst tief verwurzelte alte Demokratien wie die der USA durch undemokratische, illiberale politische Strategien erschüttert werden können. „It Happened in America“ betitelt die bekannte amerikanische Politikwissenschaftlerin Pippa Norris (2021) ihren kritischen Aufsatz über die Aushöhlung demokratischer Verfahren während der Trump-Präsidentschaft. Die offene Missachtung demokratischer Normen und Verfahrensweisen war, so Norris, jedoch frühzeitig vorauszusehen, wenn man nicht nur die Auffassungen und den Habitus von Trump analysierte, sondern auch die Unterstützung in Teilen der Bevölkerung in Rechnung stellt, die, wie die Einstellungsforschung schon früh ergab, den nationalistisch-autoritären Pfad Trumps unterstützten (Norris und Inglehart 2019). Das „democratic backsliding“ drückte sich nicht nur in der populistischen Politikauffassung von Trump, sondern auch in seinen Strategien der Aushebelung offener, pluralistischer Verfahren und demokratischer Normen aus. Es gipfelte dann schließlich in der Leugnung eines durch demokratische Wahlen erzielten Ergebnisses, welche von Teilen der Republikanischen Partei unterstützt wurde, und in der Torpedierung des friedlichen Machttransfers an den gewählten Nachfolger. Die kritische Diagnose von Demokratieforscher*innen über die globale krisenhafte Entwicklung von Demokratien traf schließlich auch die USA (Merkel und Kneip 2018). Wie gefährdet ist die amerikanische Demokratie? Wird es Joe Biden gelingen, die Gräben in der stark gespaltenen Gesellschaft zu überbrücken? Welche Chancen hat er, sein politisches Reformprogramm im wirtschaftlichen, gesundheitspolitischen und sozialen Bereich umzusetzen? Wie wird sich die Republikanische Partei zukünftig positionieren? Zur Beantwortung dieser Fragen legt dieses Buch den Grundstein, indem es die politischen Entwicklungen anhand der Wahlen und der zugrunde liegenden politischen Strömungen differenziert ausleuchtet. Dabei gehen wir davon aus, dass sich die jetzt sichtbar gewordenen Gräben nicht erst mit der Präsidentschaft von Trump ergaben, sondern dass die Bruchlinien bereits schon früher angelegt waren. Die zukünftige Entwicklung der demokratischen Verfasstheit der

amerikanischen Gesellschaft wird daher wesentlich davon abhängen, wie diese Bruchlinien adressiert und überwunden werden.

Die Wahlen sind nicht nur für die amerikanische Gesellschaft und die Entwicklung der Demokratie im Land richtungsweisend. Vielmehr steht auch die globale Rolle der Vereinigten Staaten an einer Wegscheide. Vier weitere Jahre unter dem Motto „America First“ hätten die Erosion ihrer globalen Führungsrolle rasch beschleunigt, weil diese von der Führung im Weißen Haus nicht mehr angestrebt und von Bündnispartnern immer weniger akzeptiert worden wäre. Die Ressentiments in Teilen der amerikanischen Bevölkerung gegenüber dem kostspieligen internationalen Engagement der USA werden allerdings unter dem Demokratischen Präsidenten Joe Biden nicht einfach verschwinden. Eine schlichte Rückkehr zur vorherigen Politik der multilateral geprägten internationalen Beziehungen wird daher nicht umstandslos erfolgen, weil die Ziele und Strategien in der post-Corona-Welt neu justiert und den Folgen der globalen Wirtschaftskrise angepasst werden müssen. Dies schließt auch eine Neuordnung in den transatlantischen Beziehungen nicht aus. Auch weltpolitisch ist die Uhr nicht stehen geblieben, denn global hat sich einiges verschoben, wie etwa das gewachsene Selbstbewusstsein Chinas oder das ambitionierte iranische Nuklearprogramm zeigen.

Die Analyse beginnt mit den Vorwahlen zu Beginn des Wahljahres 2020. Während die Kandidatur von Donald Trump innerhalb der Republikanischen Partei früh feststand und die Vorwahlen nur einer Formsache gleichkamen, war das Feld bei den Demokraten zunächst sehr breit aufgefächert. Wir rekonstruieren den Weg zur Nominierung von Joe Biden, beleuchten die Kräfteverhältnisse innerhalb der Demokratischen Partei und die Herausforderungen, denen sich Biden stellen musste, und analysieren die Positionierung der Demokraten und der Republikaner in einem zunehmend polarisierten gesellschaftlichen Umfeld. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir in diesem Kontext auch den Pandemie-bedingten Veränderungen des Ablaufs der Vorwahlen und ihrer Folgen, die in direktem Bezug zu gesellschaftspolitischen Fragen nach Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung stehen. In den folgenden Kapiteln behandeln wir die zentralen politischen Themen in diesem besonderen Wahlkampf: die Wirtschaftsentwicklung, die angesichts der Pandemie-bedingten Rezession eine herausragende Bedeutung für den Wahlausgang erhielt, die aufgrund der Coronakrise an Schärfe gewinnende Kontroverse um das Gesundheitswesen, die umstrittene Einwanderungspolitik sowie die Rolle von Minderheiten und des Rassismus. In den darauf folgenden beiden Kapiteln des Buches gehen wir ausführlicher auf den Wahlkampf in der letzten Phase, die Wahlkampfstrategien und den Ausgang der Wahlen ein. Dabei wird nicht nur die Präsidentschaftswahl berücksichtigt, sondern es werden

auch die Ergebnisse der Abgeordnetenhaus- sowie der Senatswahlen einbezogen. Im Schlusskapitel reflektieren wir die Bedeutung dieser Wahlen für die zukünftige Innenpolitik der Vereinigten Staaten und ihre Konsequenzen für die transatlantischen Beziehungen.

Literatur

- Gellman, B. (2020). The election that could break America. *The Atlantic*. <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2020/11/what-if-trump-refuses-concede/616424/>. Zugegriffen: 25. Jan. 2021.
- Gorman, A. (2021). The hill we climb. An inaugural poem for the country, New York: Viking books for young readers (im Erscheinen). Hier zitiert nach: Gedicht zur Inauguration, 21.01.2021. <https://www.rnd.de/kultur/amanda-gorman-gedicht-auf-deutsch-lesen-sie-hier-die-ubersetzung-und-das-original-the-hill-we-climb-QOXSZUHXRRREFJNXHXKM2S4VEUY.html>. Zugegriffen: 25. Jan. 2021.
- Levitsky, S., & Ziblatt, D. (2018). *How Democracies Die*. New York: Crown.
- Merkel, W., & Kneip, S. (2018). *Democracy in crisis. Challenges in turbulent times*. Berlin: Springer Verlag.
- Norris, P. (2021). It happened in America. Democratic backsliding shouldn't have come as a surprise. <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2021-01-07/it-happened-america>. Zugegriffen: 25. Jan. 2021.
- Norris, P., & Inglehart, R. (2019). *Cultural backlash. Trump, Brexit, and authoritarian populism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- de Tocqueville, A. (1835). *Über die Demokratie in Amerika*, dt. Ausgabe. Leipzig: Reclam.
- YouGov. (2021). Most voters say the events at the US Capitol are a threat to democracy. <https://today.yougov.com/topics/politics/articles-reports/2021/01/06/US-capitol-trump-poll>. Zugegriffen: 25. Jan. 2021.



Joe Biden auf dem Weg zur Nominierung

2

Zu Beginn eines sehr besonderen und turbulenten Wahljahres in den USA war es zunächst schwierig abzuschätzen, wer Donald Trump bei der Präsidentschaftswahl im November 2020 herausfordern würde. Das Feld der Bewerber*innen innerhalb der Demokratischen Partei war mit zeitweise 28 Kandidat*innen ungewöhnlich groß und es schien ein kompetitiver und langer Weg bis zum Nominierungsparteitag Ende August zu werden, der Gewissheit schaffen würde. Mitte April war dann spätestens durch den Rückzug des progressiven Senators aus Vermont, Bernie Sanders, endgültig klar, dass der Kampf um das Weiße Haus zwischen dem Demokraten Joe Biden und dem Republikanischen Amtsinhaber Donald Trump entschieden wird. Für Joe Biden war der Weg bis zur schlussendlichen Nominierung als offizieller Kandidat der Demokraten anfangs von viel Optimismus geprägt. Biden hat durch seine lange politische Karriere in Washington D.C. als Senator für den Bundesstaat Delaware ein etabliertes politisches Profil und war unter Barack Obama Vizepräsident der USA von 2009–2017, weshalb er zunächst als Favorit im Vorwahlkampf der Demokraten gehandelt wurde. Dann kam es jedoch zu stärkeren Rückschlägen in Form von schlechten Ergebnissen in einigen Vorwahlen (insbesondere in den Bundesstaaten Iowa und New Hampshire) und einbrechenden Spenden im Januar 2020. Erst die Vorwahl im US-Bundesstaat South Carolina Ende Februar vermochte es, seine kriselnde Kampagne wiederzubeleben und ein neues Momentum zu kreieren, was in der amerikanischen Presse auch als „Joementum“ beschrieben wurde (Grullón Paz und Stevens 2020).

Im Anschluss gelangen ihm im März bedeutende Siege in wichtigen Bundesstaaten wie etwa in Michigan und in Florida. Zu diesem Zeitpunkt war der Demokratische Vorwahlkampf im Wesentlichen ein Wettstreit zwischen Bernie Sanders und Joe Biden, da viele zunächst aussichtsreiche Kandidat*innen wie Pete Buttigieg und Amy Klobuchar aufgrund von sinkenden Erfolgchancen aus

dem Rennen ausstiegen. Dafür sorgten unter anderem Bidens Erfolge am sogenannten *Super Tuesday* Anfang März, an dem in 14 der 50 US-Bundesstaaten die Vorwahlen gleichzeitig stattfanden. Das ermöglichte zusätzlichen Schub für Biden, sodass es auch für verbliebene Kontrahent*innen wie Bernie Sanders oder Elizabeth Warren zusehends schwerer wurde mitzuhalten. Erwartungsgemäß wurde Joe Biden dann auf dem Nominierungsparteitag der Demokraten im August 2020 offiziell als Kandidat für die Präsidentschaftswahl nominiert. In diesem Kapitel wollen wir den hier kurz umrissenen Weg von Joe Biden nachzeichnen, der ihn schließlich den Vorwahlkampf der Demokraten gewinnen ließ. Auch wenn dieser Weg offiziell bereits am 25.04.2019 mit der Bekanntmachung seiner Kandidatur begann, konzentrieren wir uns hier auf die heiße Phase des Vorwahlkampfes, die üblicherweise im Januar des Wahljahres kurz vor den ersten Vorwahlen beginnt. Damit erstreckt sich der Prozess der Kandidatenaufstellung über einen zumindest aus europäischer Perspektive ungewöhnlich langen Zeitraum. Dem eigentlichen Wahlkampf um das Präsidentschaftsamt ist also ein langwieriger und komplexer Prozess der Kandidatenaufstellung vorgelagert, der in der amerikanischen Verfassung eigentlich gar nicht vorgesehen ist und sich erst im Laufe des 20. Jahrhunderts etablierte. Dieser Vorwahlkampf betrifft vornehmlich die herausfordernde Partei, da Amtsinhaber typischerweise in ihrer Partei als Präsidentschaftskandidat gesetzt sind. Tatsächlich reichte Donald Trump bereits am Tag seiner Vereidigung, also am 20.01.2017, die nötigen Unterlagen für die Anmeldung seiner Wiederwahl bei der zuständigen Behörde (der Federal Election Commission) ein und musste zu keinem Zeitpunkt ernsthafte Konkurrenz aus den eigenen Reihen befürchten.

2.1 Das System der Demokratischen Partei zur Kandidatenaufstellung

Das System der Kandidatenbestimmung der Demokratischen Partei für das höchste politische Amt in den USA ist zugleich komplex wie auch fundamental unterschiedlich von den eher partei-dominierten Prozessen, die wir insbesondere von den parlamentarischen Systemen innerhalb der Europäischen Union kennen. So wird zum Beispiel in Deutschland politisches Führungspersonal typischerweise auf Parteitag von Delegierten gewählt, die sich ausschließlich aus engagierten Parteimitgliedern zusammensetzen und parteiintern aufgestellt werden. Die Entscheidung darüber, wer beispielsweise für die Kanzlerschaft kandidiert, wird also parteiintern und auf bundesparteilicher Ebene getroffen. Zudem sind die deutschen Parteizentralen stark in die Durchführung der Wahlkämpfe eingebunden.

In den USA ist die breitere Öffentlichkeit deutlich stärker sowie mittelbarer in den Prozess der Kandidatenaufstellung involviert und es kommt zu prozessualen Unterschieden zwischen den einzelnen Bundesstaaten, weil die Parteizentrale weit weniger steuernd eingreift. Ein komplexes und stark reglementiertes System von sequentiellen Vorwahlen teilt eine festgelegte Anzahl von Delegierten unter Berücksichtigung des jeweiligen Vorwahlergebnisses zwischen den angetretenen Kandidat*innen auf. Wer so am Ende des Vorwahlprozesses die einfache Mehrheit der Delegierten auf sich vereinen kann, wird auf dem Nominierungsparteitag offiziell Präsidentschaftskandidat*in.

In den Vorwahlen der Demokraten 2020, die in allen 50 US-Bundesstaaten, in den fünf amerikanischen Territorien, in dem District of Columbia und für die Democrats Abroad (Unterstützer*innen der Demokratischen Partei im Ausland mit amerikanischer Staatsbürgerschaft) durchgeführt wurden, gab es insgesamt 4.750 Delegierte zuzuteilen. Die Anzahl der Delegierten je Bundesstaat richtet sich nach einer Formel, die mit der Anzahl der abgegebenen Stimmen für die Demokratischen Kandidierenden in den letzten drei Präsidentschaftswahlen sowie mit der Anzahl der Stimmen des Bundesstaates im Electoral College arbeitet (Democratic Party of the United States 2020a, S. 1). Das führt dazu, dass es beispielsweise in Kalifornien 494 und in Montana 19 Delegierte zu gewinnen gibt. Die Auswahl der Delegierten wird auf bundesstaatlicher Ebene geregelt und kann dementsprechend deutlich unterschiedlich aussehen. Allerdings sind stets 75 % der bundesstaatlichen Delegierten *district-level delegates*, die entlang der Vorwahlergebnisse innerhalb der jeweiligen Wahlbezirke in den Bundesstaaten zugeteilt werden. Die verbliebenen 25 % sind *at-large delegates*, die entlang des bundesstaatlichen Gesamtergebnisses der entsprechenden Vorwahl zugeteilt und deutlich später als die *district-level delegates* personell besetzt werden. Diese Unterscheidung ist für den Verlauf der Vorwahlen deshalb wichtig, weil *at-large delegates*, die von Kandidat*innen gewonnen werden, welche im weiteren Verlauf des Rennens aussteigen, unter den verbliebenen Kontrahenten aufgeteilt werden. Am Beispiel von Florida sieht das wie folgt aus: Von 190 gebundenen Delegierten sind 143 *district-level* und 47 *at-large delegates* (ebd.: Appendix B). Delegierte sind typischerweise Parteiaktivisten*innen oder lokale politische Führungskräfte, die oftmals bei regionalen Parteitagen bestimmt werden. Die Auswahl folgt einem bereits 2018 beschlossenen Vorgehen, das in groben Zügen von der Parteizentrale – dem *Democratic National Committee* – festgelegt und auf bundesstaatlicher Ebene angepasst wird. Das Vorwahlergebnis in dem jeweiligen Bundesstaat entscheidet darüber, wie viele Delegierte von den angetretenen Kandidat*innen gewonnen wurden, wobei mindestens 15 % der abgegebenen Stimmen gewonnen werden müssen, um bei der proportionalen Zuteilung der

Delegierten auf Basis der Stimmenverteilung berücksichtigt zu werden. Die so zugewiesenen Delegierten werden auch als gebundene Delegierte beschrieben, da ihre Stimme auf dem Nominierungsparteitag an das Vorwahlergebnis gebunden ist, wenngleich diese Bindung nicht rechtlich, sondern durch etablierte Tradition gestützt ist.

Die gebundenen (*district-level and at-large*) Delegierten sind von den sogenannten *super delegates* abzugrenzen. Insgesamt gibt es 771 dieser *super delegates*, die nicht an die Ergebnisse der Vorwahlen gebunden sind und somit insbesondere bei einem engen Rennen zwischen den Demokratischen Kandidat*innen vorwahlerentscheidend sein können. Von den 3.979 gebundenen Delegierten stimmten entsprechend der Vorwahlergebnisse Mitte August auf dem Nominierungsparteitag der Demokraten 2.687 für Joe Biden, sodass die Rolle der *super delegates* in diesem Wahljahr unbedeutend war (Leatherby und Almutkar 2020). Anknüpfend an das vorherige Beispiel Florida ist im Sinne der Vollständigkeit zu erwähnen, dass 29 *super delegates* aus Florida kamen, die im Regelbuch der Demokratischen Partei auch *automatic votes* genannt werden (Democratic Party of the United States 2020b, S. 2). Dabei handelt es sich zum Beispiel um ehemalige Demokratische Präsidenten oder gewählte Abgeordnete im amerikanischen Kongress. In vielerlei Hinsicht erlaubt sich hier also die Partei-Elite ein potenziell entscheidendes Mitspracherecht, das nicht an die Vorwahlergebnisse gebunden ist. In diesem Wahljahr waren die *super delegates* allerdings nur unter der Bedingung stimmenberechtigt, dass bei der Verteilung der gebundenen Delegierten im ersten Wahlgang auf dem Nominierungsparteitag ein klarer Sieger im Sinne der Vorwahlergebnisse zu erwarten war. So sollte vermieden werden, dass die *super delegates* ein enges Rennen entscheiden. Da Joe Biden durch zahlreiche Vorwahlerfolge bereits weit mehr als die für einen Sieg erforderlichen 1.991 Delegierten, die an die Vorwahlergebnisse gebunden sind, für sich gewinnen konnte und weil nach dem Rückzug von Bernie Sanders keine parteiinterner Konkurrenz verblieb, war der Ausgang des Nominierungsparteitags spätestens ab Mitte April vorhersehbar. Wäre das Rennen jedoch enger gewesen – also, wenn es niemandem gelungen wäre die erwähnte Schwelle an gebundenen Delegierten zu überschreiten –, so wären die *super delegates* erst im zweiten Wahlgang auf dem Nominierungsparteitag stimmberechtigt gewesen.

2016 war das noch anders. Damals waren sie nämlich noch im ersten Wahlgang uneingeschränkt wahlberechtigt und entschieden schlussendlich ein denkbar knappes Rennen zwischen Hillary Clinton und ihrem Konkurrenten Bernie Sanders zugunsten von Clinton. Da einige *super delegates* außerdem bereits vor dem damaligen Nominierungsparteitag ihre Unterstützung für Hillary Clinton zum Ausdruck brachten, kam insbesondere von Bernie Sanders der Vorwurf auf, dass